

Ressort: Politik

Ifo-Chef Sinn wirft EZB illegale Staatsfinanzierung vor

Berlin, 31.08.2014, 08:20 Uhr

GDN - Der Präsident des Münchener Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, hat der Europäischen Zentralbank (EZB) vorgeworfen, eine illegale Staatsfinanzierung zu betreiben und zudem die Ankündigung von EZB-Chef Mario Draghi scharf kritisiert, neben Staatsschuldtiteln künftig auch faule Wertpapiere aufzukaufen. "Was die EZB betreiben möchte, ist keine Geldpolitik, sondern ein Herauskaufen von Staaten, Banken und privaten Firmen zu Lasten der Steuerzahler", sagte Sinn dem "Focus".

Die EZB versichert zwar, Staatsschuldbriefe nicht direkt von Staaten zu kaufen, sondern von Banken - auf dem sogenannten Sekundärmarkt. Diese Unterscheidung sei praktisch bedeutungslos, so Sinn: "Die Haltedauer der Papiere, die die EZB den Banken abkauft, beträgt meist nur wenige Tage. Das ist eine direkte Staatsfinanzierung, die der Artikel 123 des EU-Vertrags verbietet." Durch die "fiskalische Kreditpolitik" der EZB baue sich bei der Zentralbank eine Blase fauler Papiere auf, so der Wissenschaftler weiter. Bei einer Wertberichtigung würden deutsche Steuerzahler mit ihrem EZB-Anteil von 28 Prozent haften. "Wenn die Südländer pleite gehen, läge der deutsche Anteil schon bei 40 Prozent", warnte Sinn.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-40165/ifo-chef-sinn-wirft-ezb-illegale-staatsfinanzierung-vor.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619